



**30. ordentliche Bezirkskonferenz
der Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Württemberg e.V.
am 30. April 2016 in Waiblingen**

Leitantrag

Antragsteller: Bezirksvorstand

Thema: Baden-Württemberg – sozial und gerecht regieren

Die Bezirkskonferenz beschließt:

Baden-Württemberg – sozial und gerecht regieren

Als Sozialverband mit politischem Auftrag kämpft die AWO für mehr Gerechtigkeit und sozialen Ausgleich, auch im Land. Ausgerechnet im reichen Baden-Württemberg waren einige politische Felder bis 2011 sehr unzureichend entwickelt, wie z.B. die Kleinkindbetreuung mit völlig unzureichenden Platzzahlen für die Betreuung von Kindern unter drei Jahren und die Bildungsgerechtigkeit durch ein undurchlässiges und antiquiertes dreigliedriges Schulsystem. Anlässlich der neuen Legislaturperiode 2016 bis 2021 gilt es deshalb, das Erreichte zu bewerten und den weiteren sozialen Fortschritt einzufordern.

Die grün-rote Landesregierung konnte in den vergangenen Jahren einige wichtige Verbesserungen auch in unserem Sinne erreichen. So begrüßen wir es, dass mit erheblichen Landesmitteln die Kleinkindbetreuung im Land spürbar ausgebaut wurde. Eine gute Kinderbetreuung ist ein wesentlicher Eckpfeiler für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir fordern deshalb für die Zukunft, schrittweise die gebührenfreie Kinderbetreuung einzuführen. Zugleich muss sichergestellt werden, dass die hohe Qualität der Einrichtungen und der Betreuung gesichert bleibt. Die Inklusion von Behinderten und Kindern von Migranten muss Normalität werden. In vielen AWO-Einrichtungen zeigen wir, dass das geht.

Die Novellierung des alten Landesheimgesetzes zum neuen Wohn-, Teilhabe und Pflegegesetz haben wir als richtigen und überfälligen Schritt angesehen. Die Möglichkeit, zwischen den Säulen ambulanter und stationärer Betreuung nun auch Pflege-Wohngemeinschaften errichten zu können, darf aus unserer Sicht aber nur ein Anfang sein, die bisherigen starren Grenzen zwischen ambulant und stationär aufzuheben. Nicht die Form, sondern die Qualität der Pflege und die Wünsche der Pflegebedürftigen müssen künftig im Mittelpunkt stehen. Die Herausforderung, Pflegeplätze in der neuen möglichen Form der Pflege-WG zu schaffen, nehmen wir an.

Die vorgesehene generalistische Pflegeausbildung für die Kranken-, Kinderkranken- und Altenpflege wollen wir positiv begleiten, denn sie bietet auch Chancen. Die Altenpflegeausbildung darf dabei jedoch nicht qualitativ leiden. Auch die Durchlässigkeit der Altenpflegeausbildung für Schulabsolventen mit geringeren Abschlüssen muss bestehen bleiben. Die bestehenden erheblichen Einkommensunterschiede zwischen der Kranken- und der Altenpflege müssen nivelliert werden, wenn man nicht ein Abwandern der dringend benötigten Pflegekräfte in den Krankenhausbereich hinnehmen will. Der maßgeblich von der AWO vorangetriebene Versuch, einen bundesweiten Tarif für soziale Berufe zu erreichen, kann hierzu einen Beitrag leisten. Wir stehen uneingeschränkt hinter dieser Anstrengung, die auch für die Beschäftigten von großem Nutzen ist.

Im Bildungssektor war und ist die soziale Ungerechtigkeit im Land, dass nämlich der Schul- und Berufsabschluss stark von der sozialen Herkunft abhängt, noch immer ein großes Problem. Die Abschaffung der Studiengebühren war eine wichtige Entscheidung der Landesregierung, um dem entgegenzuwirken.

Auch die Einrichtung von Gemeinschaftsschulen und mehr Ganztagschulen war ein guter und richtiger Weg, der jedoch konsequent weitergegangen werden muss. Dabei sollte das Ziel sein, dass Gemeinschaftsschulen auch vollwertige Schulen mit gymnasialer Oberstufe sind. Sie dürfen nicht ein mit Hoffnungen überfrachteter Ersatz für Werkrealschulen und durch Schließung bedrohte Realschulen im ländlichen Raum sein. Es muss Sorge dafür getragen werden, dass die Schullandschaft nicht durch ein Zementieren der Realschulen und Gymnasien, flankiert von sozial selektierenden Privatschulen, in der bisherigen Form letztlich im überkommenen und ungerechten dreigliedrigen System stecken bleibt.

Eine gute Jugendarbeit ist das Fundament für eine gut funktionierende Gesellschaft mit Menschen, die sich aktiv und sozial einbringen. Zugleich kann sie extremistischen, fremdenfeindlichen oder fundamentalistischen Strömungen entgegenwirken. Wir fordern gemeinsam mit unserem AWO Jugendwerk, die Zuschüsse für die Ausbildung zur/m Jugendleiter/in, für die Jugenderholungsmaßnahmen und für Anschaffungen wie Großzelte deutlich zu erhöhen, um die Jugendarbeit auf solide Füße zu stellen und die Teilnehmer/innen nicht unangemessen zur Kasse zu bitten.

Die AWO steht für Toleranz und Gleichstellung unterschiedlicher sexueller Orientierungen. Wir begrüßen deshalb die Schritte der Landesregierung in diese Richtung, wie die Möglichkeit einer standesamtlichen eingetragenen Lebenspartnerschaft. Gleichstellung muss selbstverständlich werden.

Mit dem Landesprogramm „Gute und sichere Arbeit“ konnten gezielt Langzeitarbeitslose und Jugendliche ohne Berufsausbildung in Arbeit und Beschäftigung gebracht werden, denen eine gute Wirtschaftsentwicklung allein nichts nützt. Dabei dürfen auch Menschen mit Behinderung nicht auf der Strecke bleiben: Deren Teilhabe muss durch Bemühungen des Staates, ihnen systematisch beim Übergang von der Schule in den Beruf zu helfen, unterstützt werden

Die Einführung des Mindestlohns ist ein Meilenstein für mehr Gerechtigkeit im Arbeitsmarkt. Das Land hat dankenswerterweise diesen Schritt der Bundesregierung durch das Mindestlohn- und Tariftreuegesetz ergänzt. Damit können Dumpinglöhne insbesondere im Dienstleistungs- und im Bausektor zusätzlich erschwert werden. Die AWO steht zum Mindestlohn und hat ihn vorzeitig bei sich selbst umgesetzt.

Eine wichtige Voraussetzung für Armutsbekämpfung ist eine brauchbare Analyse der Verteilung von Armut und Reichtum. Wir begrüßen deshalb, dass endlich auch hier im Land ein Armuts- und Reichtumsbericht vorgelegt wird. Er muss allerdings auch Grundlage für politisches Handeln sein, um mehr Verteilungsgerechtigkeit herzustellen, von der Sozial- bis zur Steuerpolitik. Das erwarten wir von der künftigen Landesregierung.

Einige Maßnahmen der grünroten Landesregierung haben Armut wirksam entgegengewirkt. Eine eigenständige Grundsicherung für Kinder, die Bundesangelegenheit ist, brauchen wir jedoch noch immer. Auch eine Bürgerversicherung, die alle Einkommensarten umfasst, steht für uns noch auf der politischen Agenda.

Es ist leider ein Skandal, dass der soziale Wohnungsbau in Deutschland in den letzten zwei Jahrzehnten fast zum Erliegen gekommen ist, zugleich sind die meisten Sozialwohnungen inzwischen längst aus der Mietpreisbindung gefallen. Die Erhöhung der Landesmittel für diesen Zweck durch die aktuelle Landesregierung erkennen wir deshalb ausdrücklich an. Wir fordern aber auch deutlich größere Anstrengungen, nicht zuletzt aufgrund der nun erkennbaren Bevölkerungszunahme durch die Flüchtlinge, die absehbar zu einem großen Teil bleiben werden.